

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 1 (1960)

Heft: 46

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

in der Heranbildung eines qualifizierten Nachwuchses und nicht zuletzt in der überspitzten Planung selbst begründet. Der Mangel an naturwissenschaftlichen Fachkräften gründet sich u.a. auf eine traditionelle Geringsschätzung dieser Wissenschaftsgebiete im alten China. So erwies es sich als notwendig, zunächst zum Aufbau dieses neuen Wissenschaftszweiges sowjetische Hilfe in Anspruch zu nehmen, um später, wenn man über genügendes eigenes Fachpersonal verfügt, einer gewissen Bipolarität Platz zu machen.

Aus diesen Fakten ergibt sich klar die Entwicklungstendenz Chinas, sich auf dem Gebiete der Kernforschung mit der Zeit selbständig zu machen und damit innerhalb des Ostblocks ein gewisses Gegen gewicht zu schaffen. Wenn daher in der westlichen Presse Nachrichten verbreitet werden, die für das nächste Jahr den ersten Atombombenversuch Chinas voraussagen, so ist ein solcher auf Grund der vorhandenen Anlagen durchaus möglich. Dennoch kann China, soweit es die Forschung betrifft, deshalb kaum in der nächsten Zukunft als führende Atommacht in Betracht gezogen werden, wohl aber in spe.

Der Vorteil, nicht zur UNO zu gehören

China ist aber nicht nur bemüht auf dem Gebiete der Kernforschung innerhalb des Ostblocks eigene Forschungsergebnisse zu erzielen, sondern legt zurzeit noch Wert auf eine koordinierte Zusammenarbeit mit demselben in der Atomwaffenproduktion. Noch ehe Chruschtschew dem Westen Vorschläge zur «Einstellung der Kernwaffenversuche» vorlegte, waren auf chinesischem Territorium atomare Waffenproduktionszentren errichtet worden. Es erwies sich für den eurasisch-kommunistischen Block hier von Vorteil, dass China nicht den UN angehörte, denn, falls es zwischen der Sowjetunion und der westlichen Welt zu einem Abkommen über die Abrüstungskontrolle kommen würde, wäre China dadurch nicht verpflichtet und würde zur Atomrüstkammer im Verborgenen des Ostblocks. Darin ist aber auch eine gewisse Gefahrenquelle beschlossen, denn innerhalb des kommunistischen Blocks ist dadurch für Moskau notwendigerweise ein recht unbedeutendes Abhängigkeitsverhältnis von Peking gegeben. Der anhaltende und sich ständig vertiefende ideologische Konflikt zwischen Peking und Moskau trägt ein übriges dazu bei, nicht absehbare Perspektiven, sowohl in bezug auf den kommunistischen Block als auch auf die freie Welt, von weltpolitischer und strategischer Bedeutung in dieser Beziehung offenzulassen.

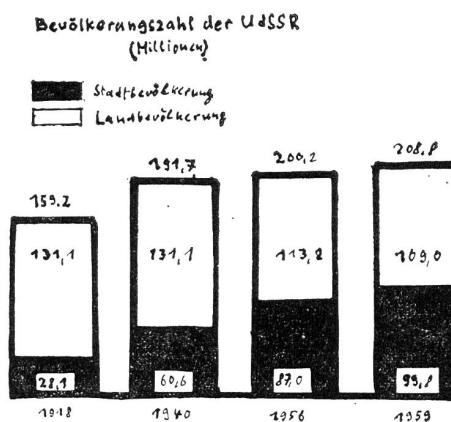
Bevölkerung

Sowjetunion

Mässige Landflucht

Bei einer zunehmenden Gesamteinwohnerzahl ist eine Abnahme der Landbevölkerung ein heute allgemein übliches Bild. Die Sowjetunion macht hier keine Ausnahme. Ueberwogen die Bauern 1913 die Städter im Verhältnis von 4:1, so halten sich heute die beiden Bevölkerungsschichten ungefähr im Verhältnis von 1:1 die Waage.

Dennoch hat die Landflucht im Vergleich zu westlichen Ländern noch keine krassen Ausmassen angenommen. In bezug auf die Erschließung neuer Territorien als Nutz-



land hat die Sowjetunion immer noch Reserven, während anderswo das Agrarland durch die dichtere Besiedlung immer mehr verringert wird. Gerae Chruschtschew hat durch seine grossen Projekte zur Neulandgewinnung in Sibirien und Kasakstan grösstes Gewicht auf die Ausweitung des Agrarwesens gelegt. Auch diese Gebiete sollen übrigens durch die geplanten «Agrostädte» vermehrt urbane Zentren erhalten, die aber trotz einiger Anläufe noch nicht Wirklichkeit geworden sind. Kräftig vorangetrieben wird hingegen die Zusammenlegung von landwirtschaftlichen Betrieben in Grosskolchosen und die Schaffung von Sowchosen (KB, Nr. 42), eine Entwicklung, die sich als Erfolg oder Misserfolg noch nicht klar überblicken lässt.

Landwirtschaft

Polen

Kein Sonderfall mehr

Polen, das in mancher Beziehung eine Sonderstellung unter den Ostblockstaaten einnimmt, wird jetzt auf einigen Gebieten in beschleunigtem Tempo den übrigen Satelliten gleichgeschaltet. Ein sehr ernst zunehmender Schritt in dieser Richtung wird dieser Tage auf dem Agrarsektor vollzogen, wie zwei relativ lakonischen Pressemeldungen der «Trybuna Ludu» zu entnehmen ist.

Die Zusammenlegung von Kollektivwirtschaften nach sowjetischem Muster ist in einer ersten Provinz bereits ins Beschluss stadium getreten, und das Landwirtschaftsministerium hat eine Gesetzesvorlage über die staatliche Uebernahme privater Bauernbetriebe in Vorbereitung.

In manchen Bezirken der Wojewodschaft Bydgoszcz (Bromberg), heisst es, beabsichtigten die Mitglieder benachbarter Produktionsgenossenschaften, diese in grosse, hochproduktive Kollektivwirtschaften zusammenzulegen. Ferner hätten die Genossenschaften, in denen bisher nur die Feldwirtschaft gemeinsam betrieben wurde, beschlossen, nun auch die Viehzucht zu kollektivieren.

Gewiss, das ist nur ein relativ bescheidener Anfang, aber er bedeutet doch im Prinzip den direkten, verschiedene Zwischenstufen in einem Zuge durchlaufenden Anschluss an die grosse Bewegung der Kolchoszusammenlegung, die in der Sowjetunion selbst gegen verschiedene Hindernisse recht gewaltsam durchgeführt wird.

Wie schnell eine solche Entwicklung in Polen möglich wäre, ist allerdings noch eine offene Frage. Bydgoszcz ist die stärkstkol-

lektivierte Provinz eines Landes, dessen Boden noch zu 86 Prozent in privaten Händen liegt. Den eigentlichen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gehören sogar nur ein Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche, und 13 Prozent werden von Landwirtschaftlichen Vereinen, einer Mittellösung zwischen privatem und kollektivem Betrieb, verwaltet. Aber unbeschadet um die unmittelbar vielleicht nicht allzu grossen praktischen Auswirkungen steht als Tatsache fest, dass die Richtung zur sowjetischen Grosskolchose eingeschlagen ist.

Ende Oktober war in der sowjetischen Presse zu lesen gewesen, dass 350 polnische Landwirtschaftssachverständige ausgedehnte Besichtigungsreisen durch die Unionsrepubliken unternommen hätten. Wozu, das scheint jetzt klar geworden zu sein.

Die Meldung von der Ueberführung nicht bebauter oder vernachlässigter Agrarbetriebe in Staatseigentum gewinnt in diesem Zusammenhang an Bedeutung, nämlich als Schritt gegen die Sowchose sowjetischer Prägung.

An sich würde es sich bei der zu entwendenden Legislation eher um eine Präzisierung bereits bestehender Vorschriften handeln. Schon das Gesetz von 1952 sah für privatwirtschaftliche Bauernbetriebe eine obligatorische Nutzung vor, ansonst sie dem Staat verfallen würden. Dies entsprach sinngemäss einer in allen Satellitenstaaten gültigen Regelung. Nun wird klargestellt, dass vernachlässigter Boden auch dann staatlich requirierte wird, wenn er verpachtet wurde. Die Eigentümer können sich nicht auf die Verantwortung der Pächter berufen und haben auch keinen Anspruch auf Entschädigung. Sie haben im Gegenteil alle den Boden belastenden finanziellen Verpflichtungen auszugleichen.

Wenn auch das in Aussicht stehende neue Gesetz (in unserem Sinne vermutlich eher eine Neufassung) nicht eine umwälzende Neuerung darstellt, so ist das Bestreben zu einer schärferen Handhabung der Vorschriften unmissverständlich erkennbar. Und dieser kommt in kommunistischen Staaten noch grösseres Gewicht zu als bei uns.

Chruschtschews Agrarpolitik in der Sowjetunion ist im allgemeinen für alle Satellitenstaaten massgebend geworden, obwohl sich die Grosskolchose mit ihrer Bürokratie keineswegs als eindeutiger Erfolg herausstellte. Auch in andern ost-europäischen Ländern scheinen die Erfahrungen nicht positiv schlüssig.

Was die Gleichschaltung Polens an die übrigen Statellitenstaaten angeht, steht die Neuorientierung der Agrarpolitik nicht ganz isoliert aber auch nicht ganz ohne gegenläufige Tendenzen da. Der Aufhebung katholischer Feiertage (KB, Nr. 44) etwa könnte ein zum Teil immer noch verstärkter Zug zum Westen in handelspolitischer und vor allem in kultureller Beziehung gegenüber gestellt werden. Beispielsweise spricht etwa «Dziennik Lodzi» mit ausgesprochener Gutheissung vom Englischunterricht bereits auf der Kindergartenstufe, der sich in Lodz gegenwärtig allgemein durchzusetzen scheint.

Nicht unmöglich scheint es deshalb, dass mit verstärkter Angleichung auf einigen Gebieten verstärkte Unabhängigkeit auf andern Gebieten gleichsam eingehandelt werden soll.

Wirtschaft**Schweiz****Handelspartner China**

Während die schweizerische Einfuhr aus den Ostblockstaaten in den Jahren 1956 bis 1959 um rund 84 Millionen sFr. zurückgegangen ist, hat die Ausfuhr nach diesen Ländern um 72 Millionen sFr. zugenommen. Der weitaus bedeutendste Handelspartner der Schweiz unter den kommunistischen Ländern ist die Volksrepublik China. In diesem Zeitraum stand China an elfter Stelle als Abnehmer von schweizerischen Waren; sogar vor den jetzigen Efta-Partnern Portugal, Dänemark, Norwegen und dem künftigen Efta-Mitglied Finnland. Unter den östlichen Handelspartnern der Schweiz belegte die Sowjetunion bloss den sechsten Platz hinter China, Tschechoslowakei, Polen, DDR und Ungarn.

Der Aussenhandel der Schweiz mit den Ostblockstaaten in den Jahren 1956—1959

Land	(Werte in Millionen sFr.)			
	1956	1957	1958	1959
<i>Einfuhr</i>				
Sowjetunion	42,8	37,5	30,9	23,8
Bulgarien	4,8	4,2	5,1	3,9
Polen	38,9	30,0	32,9	30,0
Rumänien	9,5	11,4	17,4	7,0
Tschechoslowakei	68,3	71,9	65,6	65,2
Ungarn	46,1	29,4	28,8	37,3
Albanien	0,2	0,1	0,0	0,0
DDR	30,4	22,3	18,9	22,3
China	81,9	53,9	47,3	49,8
Gesamtsumme	322,9	260,7	246,9	239,3
<i>Ausfuhr</i>				
Sowjetunion	8,0	15,1	9,9	18,9
Bulgarien	8,6	10,3	6,5	9,7
Polen	36,2	42,2	46,5	56,5
Rumänien	10,5	7,5	10,9	32,0
Tschechoslowakei	65,8	74,3	63,7	67,3
Ungarn	15,5	24,7	28,0	33,2
Albanien	0,4	0,4	0,2	0,3
DDR	25,3	21,7	23,3	25,8
China	151,8	186,4	135,3	150,4
Gesamtsumme	322,1	328,6	324,3	394,1

Tschechoslowakei
Manko im Kleinhandel

1500 gefragte Warenarten sind im Prager Detailhandel nicht erhältlich. Das war die Feststellung des Forschungsinstituts für Handel nach einer nahezu ein Jahr dauernden Umfrage-Aktion.

«Hospodarske Noviny», die über das Ergebnis Ende November berichtete, hatte eine Woche zuvor ein Interview mit dem Direktor der Vereinigung des staatlichen Lebensmittelhandels veröffentlicht, das Auskünfte über die zahlreichen Mängel in seiner Branche vermittelte.

Die Detailhandelkontrolle erstreckte sich über eine Zeit von 311 Tagen und umfasste 110 Geschäfte verschiedenster Art. Dabei wurde eine Liste von Waren erstellt, die von Kunden vergebens verlangt wurden. 53 Prozent der fehlenden Warenarten seien durch die Schuld der Produzenten nicht zu haben gewesen, bei 20 Prozent handle es sich um ein Versagen des Grosshandels und bei 17 Prozent treffe die Schuld den Kleinhandel selbst. Es sei anzunehmen, heisst es im Bericht des Forschungsinstituts, dass jedes Industriewaren-Geschäft täglich von Dutzenden von Verbrauchern unbefriedigt verlassen werde, «was sicherlich eine nicht sehr wünschenswerte Erscheinung» darstelle.

Der Lebensmittel-Direktor Jindrich Koblic hatte über Kontrollen in verschiedenen tschechoslowakischen Ortschaften Negatives zu berichten. In Ostrau entsprach die Hälfte des an die Geschäfte gelieferten Brotes nicht der geforderten Qualität. Was Milchprodukte anbetrifft, so mussten in Prag in einer Molkerei 80 Prozent, in Brünn 66,7 Prozent und in Pressburg gar die vollen 100 Prozent der untersuchten Butter beanstandet werden.

Untergrund-Verlagswesen**UdSSR****Unternehmen Halleluja**

Der «Halleluja-Verlag», der religiöse Bücher auf dem schwarzen Markt vertrieb, ist aufgehoben worden. Seine Druckerei hatte sich in einer staatlichen technischen Bücherei in Moskau befunden. Entdeckt wurde er, als sich sein Leiter Sergei Kasejew anlässlich einer Geschäftsreise auf dem Lande verdächtig machte.

Laut «Literatura i Schisn» hatte Kasejew, ein 24jähriger ehemaliger Elektriker, die Nachfrage an Gebetsbüchern so gross gefunden, dass ihm das Risiko eines Schwarzhandels lohnenswert schien. Es gelang ihm, verschiedene Arbeiter einer technischen Bibliothek für den Druck seiner Erzeugnisse in den Betriebsräumlichkeiten zu gewinnen, ohne dass die Geschäftsführung etwas gemerkt hätte. Wei-

teres Personal, darunter einen Klischeur, rekrutierte Kasejew aus einem wissenschaftlichen Institut. Dann begann er, mit Erfolg zu verkaufen.

In der Sowjetunion erfolgt die Publikation religiöser Bücher nur unter strikter Regierungskontrolle. Die Druckgenehmigung wird lediglich in beschränktem Ausmass einigen offiziell anerkannten kirchlichen Organisationen erteilt. Wie der Vorfall zeigt, ist der Bedarf der Bevölkerung damit noch nicht gedeckt.

Kasejew gab im letzten Frühling unter der Handelsmarke «Halleluja» eine blau eingebundene Sammlung kurzer orthodoxer Gebete in Taschenformat heraus. Die kleinen Bücher waren auf dem schwarzen Markt für fünf Rubel erhältlich. Vorerst wurde der Verkauf nur in Moskau selbst betrieben, dann auf die umliegenden Dörfer mit ihrem grösseren Prozentsatz an Gläubigen ausgedehnt.

Eine solche Geschäftsreise im Norden der Stadt wurde dem Unternehmen zum Verhängnis. Zwei Bauern begannen Kasejew unangenehme Fragen zu stellen. Er entschloss sich zur Flucht, einen ganzen Sack Gebetsbücher zurücklassend, die der Polizei übergeben wurden.

Kasejew hielt sich einige Zeit im Kaukasus auf, kehrte aber später nach Moskau zurück, wo er festgenommen und mit seinen Komplizen vor Gericht gestellt wurde. Die gesetzlichen Strafen, anscheinend nur für Schwarzhandel ausgesprochen, fallen laut

Das neue Gesicht Afrikas: Die Südgebiete

Hauptstadt: Mafeking.

Währung wie Südafrikanische Union.

Mozambique:

Portugiesische Ueberseeprovinz seit dem 17. Jahrhundert.

Bodenfläche: 1,2 Millionen Quadratkilometer.

Einwohner: zirka 14 Millionen.

Hauptstädte:

Pretoria (Regierungssitz),

Kapstadt (Parlament).

Beschloss im Oktober durch Volksabstimmung Einführung der Republik, ist aber vorläufig noch Monarchie mit der englischen Königin als nominelles Oberhaupt. Ueber den Verbleib Südafrikas im Commonwealth wird an der nächsten Commonwealth-Konferenz entschieden.

Ministerpräsident: Hendrik Verwoerd.

Währungsparität: 1 SA-Pfund (Südafrikanische Pfund) = 1 Pfund Sterling (Mitglied des Sterling-Blocks).

Wichtigste Landesprodukte: Gold, Diamanten, Uran, Kupfer, Kohle, Wolle, Getreide, Zucker und Obst.

Südwestafrika (ehemals deutsch):

Uno-Treuhandschaftsgebiet, praktisch unter der Verwaltung der Südafrikanischen Union.

Bodenfläche: 822 900 Quadratkilometer.

Einwohner: 539 000.

Hauptstadt: Windhoek.

Währung wie Südafrikanische Union.

Das Gebiet von Walvischbair gehörte als Enklave zur Südafrikanischen Union.

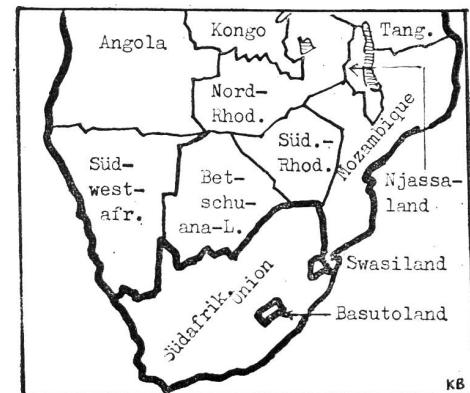
Wichtigste Landesprodukte: Diamanten, Kupfer, Wolle, Fleisch.

Betschuanaland (Britisches Protektorat):

Liegt ausserhalb des Staatsgebietes in der Südafrikanischen Union.

Bodenfläche: 716 550 Quadratkilometer.

Einwohner: 315 000.



«Literatura i Schisn» nicht sehr hoch aus, aber die Uebeltäter würden von ihrer Umgebung einmütig moralisch verurteilt, weil sie als Vertreter des aufgeklärten Atheismus ihr Geschäft mit religiösem Aberglauben gemacht hätten. Besonders verwerflich sei der Missbrauch wissenschaftlicher Institutionen.

Die Zeitung ist sehr bestrebt, die Angelegenheit als reine Schwarzhandelsaffäre darzustellen und als Motivierung der beteiligten Personen lediglich Gewinnsucht gelten zu lassen. Dies kann zutreffen. Aber sicher ist, dass die Bücher nicht materiellen Gewinnes wegen gekauft wurden.

Justiz und Kritik

Kampf gegen Schmarotzer

Die verschiedenen Aufforderungen zur öffentlichen Mitwirkung in der Kampagne gegen Faulenzertum und Schmarotzertum in der Sowjetunion beginnen Früchte und Früchtchen zu tragen. Der «Komsomolskaja Schisn», Organ der kommunistischen Jugendorganisation, schrieb ein elfjähriger Knabe, um seinen Vater wegen mangelnder Arbeitsleistung anzuzeigen.

Die Komsomolsktionen haben ein besonderes Programm zum Kampf gegen die Schmarotzer angenommen. Dazu gehören etwa «Streifzüge zur Entdeckung von Parasiten, die sich nicht mit gemeinnütziger Arbeit befassen».

Ueber die Tätigkeit von Volksbrigaden zur Unterstützung der Polizei berichtet die Moskauer «Partijnaja Schisn». Die Gründung solcher Werktätigenorganisationen zum Schutz der öffentlichen Ordnung erfolgte vor knapp zwei Jahren und diente seither vor allem der Bekämpfung von Rowdytum unter Alkoholeinfluss. Den Brigaden steht es frei, festgenommene Betrunkene entweder der Polizei auszuliefern oder vor «Kameradschaftsgerichte» zu stellen, die allerdings nach Ansicht der Moskauer Zeitschrift oft nicht streng genug verfahren.

Wissenschaft

Neues sibirisches Zentrum

Die Vorteile eigentlicher wissenschaftlicher Siedlungen mit erleichterten Kontaktnahmen, gegenseitigen Konsultationen und Arbeitskoordinierung scheint man in der Sowjetunion voll ausnützen zu wollen.

Nach dem Experiment von Nowo Sibirsk in Mittelsibirien, von dem man allerdings in letzter Zeit nicht mehr viel hörte, baut man in Irkutsk (Ostsibirien) ein neues wissenschaftliches Zentrum für die sibirische Wirtschaftsentwicklung. Die Arbeiten sind bereits im Gange.

Gegenwärtig beschäftigen die in der Irkutsker Abteilung der sowjetischen Akademie der Wissenschaften errichteten Institute und Laboratorien rund 800 wissenschaftliche Mitarbeiter. Bis Ende 1961 werden es laut «Ekonomitscheskaja Gaset» bereits 1400 sein. Die Zusammenlegung der Institutionen zu einer eigentlichen akademischen Stadt erfolgt in zwei Planungsschnitten von 7 und 15 Jahren. Beide wissenschaftlichen Zentren, Nowo Sibirsk und Irkutsk, sind Abteilungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und dienen der jetzt begonnenen forcierter Industrialisierung Ostsibiriens.

Medizin

Jugoslawien

Handprothese mit Gefühl

ist die Erfindung eines jugoslawischen Wissenschafters, die vielleicht in zwei Jahren produktionsfertig sein wird. Bei seiner künstlichen Hand spielt Schaumgummi die Rolle des Fleisches und Kohlenstaub die Rolle der Nerven. Einem Invaliden könnte sie die echte Hand brauchbar ersetzen.

Ueber seine Konstruktion, die zurzeit noch geprüft wird, berichtete Dr. Ing. Rajko Tomovic in einem Interview mit der Belgrader «Borba». Als Grundlage des Bewegungsmechanismus dient ein kleiner elektronischer Motor. Das künstliche Organ selbst ist ein mit Schaumgummi ausgefüllter Handschuh mit Kohlenstaub an Greiffläche und Fingerspitzen, der mit dem elektronischen Motor verbunden ist. Bei Berührung leiten die Kohlenstaubteilchen Impulse an den Motor weiter, der die Bewegungen reguliert. Je nach Stärke und Art des Druckes fallen auch die Bewegungen aus: die Hand öffnet sich, schliesst sich zusammen usw. Mit der Zeit erhält der Invaliden tatsächlich ein Gefühl, das ihm die zweckmässige Koordination von Bewegungen erlaubt.

Allgemein

Umsorgte Auswanderer

Während die geplante jugoslawische Wirtschaftsreform wegen verzögter Gewährung westlicher Kredite Aufschübe erleidet, bemüht man sich um so intensiver im regionalen Rahmen um die Beschaffung ausländischer Devisen.

Dabei werden nicht nur die Touristen stark umworben, sondern auch der Kontakt mit jugoslawischen Auswanderern möglichst gepflegt, die ihren zurückgebliebenen Angehörigen namhafte Summen zustellen.

Im Zeitraum des Fünfjahresplanes 1961 bis 1965 werden in der Teilrepublik Mazedonien 4,5 Milliarden Dinar (rund 25 Millionen sFr.) zur Förderung des Tourismus verwendet, gut eine Milliarde mehr als zuvor in den 13 Jahren 1947 bis 1960. Die Gelder dienen in erster Linie dem Ausbau von Hotels und Campingplätzen. Die Anzahl der Hotelbetten soll auf 3000 erhöht werden. Anfangs Dezember ist am Prespa-See das erste Motel Mazedoniens in Betrieb genommen worden. Vorläufig geben allerdings im Fremdenverkehr der Teilrepublik die Jugoslawen selbst den Ton an. In den ersten drei Quartalen des Jahres wurden 228 000 einheimische und 25 000 ausländische Touristen registriert.

In Serbien gibt es einen besonderen Verband für Kontakte mit Auswanderern, der am 20. November seine Jahresversammlung in Belgrad abhielt. Aus dem Jahresbericht ging hervor, dass den Jugoslawen im (anscheinend nur westlichen) Ausland in der Berichtsperiode 700 verschiedene Bücher und Publikationen zugestellt wurden. Die Aktion zur «richtigen Informierung» über die Heimat soll verstärkt fortgesetzt werden.

Die Auswanderer und (politischen) Emigranten, erfuhrt man weiter, lassen ihren Angehörigen in ganz Jugoslawien während der letzten zwölf Monate 30 Millionen Dollar zukommen. «In den letzten Jahren» hätten 15 000 Auswanderer Jugoslawien

besucht. Im September hatte die «Borba» erklärt, dass jährlich 4000 bis 6000 Auslandjugoslawen ihre alte Heimat besuchten.

Insgesamt leben über eineinhalb Millionen Jugoslawen im Ausland, wovon rund eine Million aus Kroatien und 300 000 aus Slowenien, während Serbien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina kleinere Kontingente stellen.

Diesen beträchtlichen und namentlich in Amerika auch recht finanzstarken Gruppen (die Kroatische Brüdergemeinschaft mit Sitz in Pittsburgh verfügt über ein Vermögen von 50 Millionen Dollar) gelten auch auf nationaler Ebene grosse Bemühungen. In Zagreb ist ein Zentrum für die Aufrechterhaltung der Kontakte mit den Ausgewanderten in Bau. Die Errichtung eines nationalen Instituts zum Studium dieser Fragen wird jetzt mit Nachdruck gefordert.

Religion

Polen

Die Moschee im Dorfe

In Polen, wo der traditionelle Katholizismus noch offen seine Stellung dem materialistischen Kommunismus gegenüber verteidigt, wird noch auf arabisch zu Allah gebetet.

Dicht an der sowjetischen Grenze östlich von Bialystok liegen die beiden ärmlichen Dörfer Kruszyniany und Bohoniki mit einer mohammedanischen Bevölkerungsmehrheit. Die Bauern, denen Begriffe, wie landwirtschaftliche Genossenschaft, Kolchose oder kommunistische Parteizelle, noch Fremdwörter sind, stammen von Tataren ab, die zu Anfang des 15. Jahrhunderts nach Litauen und Polen verschlagen wurden. Hier gibt es so unwahrscheinliche Namen wie Mahmet Olekiewicz oder Aleksander Ali Muchar, hier wird der Koran auf arabisch gebetet, hier werden die vorgeschriebenen Waschungen vorgenommen.

Die Moschee von Kruszyniany wurde 1957 vom Staat renoviert, aber in absehbarer Zeit wird sie kaum mehr benutzt werden. Die Jungen wollen ihre Suren nicht mehr lernen, die Arbeit für das tägliche Brot und den kleinen nach Bezahlung der Steuern noch bleibende Verdienst lässt keine Zeit übrig für die hergebrachten Riten.

Die letzte islamische Tradition in Polen wird unauffällig verkümmern und verschwinden.

DER SCHIELENDE BLICK

Der unter diesem Titel im «Beobachter» vom 30. November veröffentlichte Artikel über inhaltliche Diskrepanzen zwischen verschiedenen Publikationen des Schweizerischen Ost-Instituts wurde ohne Kenntnis der von Dr. Peter Sager in Nr. 45 des «klaren Blicks» dargelegten Sachlage geschrieben.

Die Redaktion des «Beobachters» ermächtigt uns zur Mitteilung, dass sie zu dieser Frage in der Ausgabe vom 15. Januar erneut Stellung nehmen wird. Damit dürfte das Missverständnis um den Wirtschaftsdienst des SOI (die im «klaren Blick» selbst vertretene Linie wurde nicht beanstandet) behoben werden.

Redaktion KB

Sind Sie überzeugt,

dass «DER KLARE BLICK» als Aufklärungsorgan über die drohenden Gefahren des Kommunismus und alle andern Totalitarismen eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hat, dann möchten Sie es sicher nicht damit bewenden lassen, nur sich selber zu informieren. Sie wünschen, dass auch Ihre Freunde und Bekannte über all diese von Tag zu Tag aktueller werdenen Fragen besser aufgeklärt werden. In diesem Falle ist ein



das richtige. Hier zeigen wir Ihnen ein Muster unserer Geschenkkarte. Sie brauchen uns nur den Namen Ihres Bekannten zu schreiben. Daraufhin werden wir diesem den «klaren Blick» mit der Geschenkkarte des Spenders zusenden und Ihnen dafür gelegentlich Rechnung stellen.

Administration und Verlag
«Der klare Blick»

Jetzt Volkswirtschaft

Indien

Heilige Kuh hat ausgelebt

Die Kuh, das heilige Tier der Hindu-Religion, wird im hungernden Indien nicht länger geschützt. Das Oberste Gericht hat die Gesetze dreier Bundesstaaten als ungültig erklärt, die das Schlachten von Rindvieh verbieten.

Der Entscheid hat sicher seinen Platz in der geistesgeschichtlichen Entwicklung vom alten zum neuen Indien. Zudem entspricht er im übervölkerten Land einer realistischen wirtschaftlichen Auffassung. Um so hübscher wirkt die gerichtliche Begründung: Die Verbote stellten eine unangemessene Beschränkung der Rechte der Metzger auf ihre Berufsausübung dar.

Den gehobenenen Schichten des Landes war die offiziell anerkannte Heiligkeit der Tiere als Zeichen der Rückständigkeit peinlich, während die ärmere Bevölkerung der Überührbarkeit der Kühe aus begreiflichen Gründen wenig Verständnis entgegenbrachte. So setzten sich die Befürworter der Tradition aus beschränkten Kreisen zusammen.

Von allen Gefühlen abgesehen, wird es sich Indien noch weniger als bisher leisten können, essbares Fleisch oder Futter für alte Tiere verlorengehen zu lassen. Die Bevölkerungszunahme von jährlich 1,2 Prozent, mit der die Statistiker bei ihrer letzten Schätzung gerechnet hatten, ist schon jetzt auf 1,8 bis 2 Prozent angestiegen, und noch immer ist der Geburtenüberschuss im Wachsen. Man hatte bis 1970 mit einer Einwohnerschaft von 465 Millionen (gegenwärtig 431 Millionen statt wie erwartet 408 Millionen) gerechnet, musste aber unterdessen erkennen, dass

das Land in zehn Jahren über eine halbe Milliarde Menschen zu ernähren haben wird. Die von der Regierung nun geförderten Massnahmen können Bedenken erregen, doch wird ihr Standpunkt zu verstehen sein, dass sie an der Verantwortung für verhungerte Menschen schwerer trägt als an der Verantwortung für ungeborene Menschen.

Politik

Polen

Nicht der, den man meinte

Nachfolger des verstorbenen polnischen Finanzministers Tadeusz Dietrich wurde Jerzy Albrecht, Sekretariatsmitglied im Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Kommunisten), der nicht als Fachmann in finanziellen Fragen gilt. Uebergangen wurde der gegenwärtige Vizefinanzminister Julian Kole, der seit Dietrichs Ableben im Juli dieses Jahres das Departement interimistisch leitete.

Noch im April dieses Jahres hatte man Albrecht als in Ungnade gefallen betrachtet und von seinem Ausschluss aus dem Parteisekretariat wissen wollen. Mit Sicherheit war über diese auffälligen Vorkommnisse auch nachträglich nichts zu erfahren, doch war seine Stellung nach dem fünften ZK-Plenum im Juni jedenfalls wieder gefestigt.

Dagegen habe sich Kole an der gleichen Versammlung mit dem Ersten Parteisekretär Gomulka überworfen, als er anscheinend einer weiteren Förderung der Schwerindustrie auf Kosten der Konsumgüterproduktion opponierte.

In Parteikreisen des Landes galt Albrecht dank seiner politischen Begabung und seiner zahlreichen Ämter durchaus als geeignet für einen Ministerposten. Ueberhaupt wirkte vor allem, dass ihm das Departement übergeben wurde, für das er nicht direkt vorbereitet war.

Albrecht tritt seine neue Stellung im Augenblick an, da das Anlagesystem der gesamten Wirtschaftspolitik des Landes einer Revision unterzogen wird. Gegenwärtig stellt das Finanzministerium deshalb wohl eine bedeutendere Position dar als sein bisheriger Posten im Parteisekretariat. Seine Ernennung erfolgte zur Zeit, als sich Gomulka am östlichen Parteitreffen in Moskau befand.

Die Buchbesprechung

Leonhard, Wolfgang:

«Kremml ohne Stalin» (Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln.)

Dieses neueste Werk Wolfgang Leonhards, Verfasser des viel diskutierten Buches «Die Revolution entlässt ihre Kinder», ist das Ergebnis einer langjährigen und aufmerksamen Beobachtung aller Vorgänge in der Sowjetunion, die er wie nur wenige in allen Nuancen ihrer Erscheinungsformen und Auswirkungen analysieren und beurteilen kann. Sein Buch «Kremml ohne Stalin» umfasst den Zeitraum vom 19. bis zum 21. Parteitag der KPdSU, d. h. die Jahre 1952 bis 1959. Leonhard untersucht in seinem Werk, das sowohl chronologisch als auch sachlich eine entscheidende Phase der inner-sowjetischen Entwicklung behandelt, Ausmassen und Grenzen der nachstalinischen Reformen. Diese Veröffentlichung ist eine der ausführlichsten, aufschlussreichsten und interessantesten, die über dieses Thema geschrieben worden ist. Chronik und Bibliographie erhöhen den Wert des Buches.

Curriculum der Woche

JERZY ALBRECHT

Neuer polnischer Finanzminister. Geboren am 17. Oktober 1914 im Dorfe Wrzeszczewice. Nach Beendigung der Mittelschule 1932 liess er sich im folgenden Jahr am Warschauer Polytechnikum eintragen, gab dieses Studium aber auf. Hingegen schloss er 1939 an der Akademie der politischen Wissenschaften ab. Während seiner Studienzeit betätigte er sich erst in der kommunistischen Studentenorganisation Zycie (Leben) und war dann Mitglied des später aufgelösten Kommunistischen Verbandes Polnischer Jugend (KZMP). Nach Kriegsausbruch organisierte er verschiedene kommunistische Untergrundgruppen und redigierte ein Radiobulletin für Freundschaft mit der Sowjetunion. War an der Gründung der ersten kommunistischen Partisanengruppen Gwardia Ludowa beteiligt. Als die Polnische Arbeiterpartei an Stelle der alten KP trat, wurde er Mitglied und avancierte rasch zum Sekretär des Warschauer Komitees. 1942 von der Gestapo verhaftet und in verschiedene Konzentrationslager verbracht. Nach dem Krieg arbeitete er in der Warschauer Stadtverwaltung und übernahm den Posten eines Ersten Parteisekretärs der Sektion Warschau. Erwies sich der Partei als sehr nützlich und wurde Leiter der Abteilung für Propaganda, Kultur und Erziehung. Wesentlich beteiligt am 1948 zustandekommenen Zusammenschluss zwischen der Polnischen Arbeiterpartei und der Sozialistischen Partei unter dem Namen Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, die ganz kommunistisch ausgerichtet ist. Wird Mitglied des ZKs und des Organisationskomitees der neuen Partei. Sekretär im ZK seit Juli 1956. In seiner parlamentarischen Karriere wurde er 1947 in den ersten Wahlen zum Sejm (nationales Parlament) als Warschauer Abgeordneter gewählt, 1952 und 1957 bestätigt. Mitglied des verfassungsentwurfenden Komitees und zahlreicher Ausschüsse und Kommissionen. Verschiedentlich in Parlamentsdelegationen im Ausland. Am 20. Februar 1957 vom Sejm zum stellvertretenden Präsidenten des Staatsrates ernannt, nachdem er zuvor zeitweiliger Präsident des hauptstädtischen Rates (praktisch Funktionen eines Warschauer Bürgermeisters) gewesen war. Junggeselle, bewirkte Scheidungen in seinem Freundeskreis.

Landreform

Tibet

Mit Maos Bild

Das von Peking eingesetzte Landreformkomitee hat 200 000 Besitzformulare in alle Teile Tibets versandt, wo sie «den emanzipierten Bauern feierlich zu verteilen» sind. Am Kopf dieser mehrfach gestempelten Urkunden ist ein von Flaggen eingehaftetes Bild Maos zu sehen. Der Text ist in tibetischer und chinesischer Sprache verfasst. Zur Uebergabe des Bodens an die Bauern sollen grosse Volksfeste gefeiert werden.

Unser Memorandum

Mit einem Schreiben des kubanischen Gesamt-Episkopates an Fidel Castro hat der Bruch zwischen katholischer Kirche und Regime gewissermaßen seine offizielle Bestätigung gefunden. Zwar war schon früher in den Kirchen zum Teil recht deutliche Kritik an der kommunistischen Linie des Regierungschefs ausgeübt worden, zwar hatten junge Castro-Anhänger schon während der letzten Wochen massive Störaktionen gegen kirchliche Anlässe durchgeführt, aber noch hatten Kirche und Staat nicht eindeutig gegeneinander Stellung bezogen. Im Brief der Bischöfe wird die kommunistische Linie der Regierung als Tatsache genannt, was ein Zurückgehen auf einen Modus vivendi kaum mehr gestatten wird. Dass sich das Episkopat ferner gegen Belästigungen und Uebergriffe verwahrt, ist neben dieser prinzipiellen Auseinandersetzung verhältnismässig belanglos. Die Kirche ist nun deklarierte Gegnerin des Regimes, und die Konsequenzen werden vermutlich für beide Teile ins Gewicht fallen. Dass eine geistliche Institution vom Staat unterdrückt werden kann, ist weiter wohl nicht erstaunlich. Doch auch Castro befindet sich in einer unangenehmen Lage. Er hatte allem Anschein nach mit einer Aktion zur Unterminierung der Kirche begonnen, die vor allem die Gläubigen davon überzeugen sollte, dass man zugleich guter Katholik und guter Patriot sein könne. «Mit dem

Kreuz für das Vaterland» hieß die Organisation, an deren Spitze der Priester German Lance stand. Sie war dazu bestimmt, die Vereinbarkeit, ja die gegenseitige Zugehörigkeit von Religion und Regime zu propagieren. Die Bewegung schien einen gewissen Erfolg aufzuweisen. Sie war, wenn auch vom Episkopat nicht anerkannt, so lange noch einigermassen plausibel, als die Kirche sich nicht in aller Deutlichkeit formell von der Regierungspolitik distanzierte. Nun aber ist sie eindeutig zum mindesten als kirchenfeindlich gebrandmarkt, was ihren Erfolg höchst wahrscheinlich verunmöglicht. Durch die entschiedene Stellungnahme der Bischöfe verlor Castro die Aussicht auf Aushöhlung der Kirche von innen. Von jetzt an wird er sie von aussen her bekämpfen müssen.

Der Schnappschuss

Seit der Kollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft hat sich eines geändert: Als Einzelbauer bestellte man die Felder rechtzeitig. Das ist keine westliche Verleumdung, sondern die im SED-Organ «Neues Deutschland» veröffentlichte Feststellung eines LPG-Leiters, der über das Ausbleiben der den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften versprochenen Traktoren aufgebracht ist.

Koordination mangelhaft: Die bulgarische «Otetschestven Front» berichtete am 22.

November zustimmend über eine Tagung zum Thema: «Das reaktionäre Wesen der Moslem-Religion». In der gleichen Nummer druckte die Zeitung einen irakischen Artikel: «Die religiöse Freiheit in Bulgarien» ab, in dem die bulgarischen Moslems als gleichberechtigte Bürger mit voller Religionsfreiheit geschildert werden.

*

In der Budapester Elektro- und Kabelfabrik unterzeichneten zahlreiche Jugendliche eine «Ehrenverpflichtung», ihren Arbeitsplatz im zweiten Fünfjahresplan nicht zu wechseln. Diese arbeitsrechtlich aufschlussreiche Information musste nicht durchsickern, sie wurde voll Stolz in der «Nepszabadság» veröffentlicht.

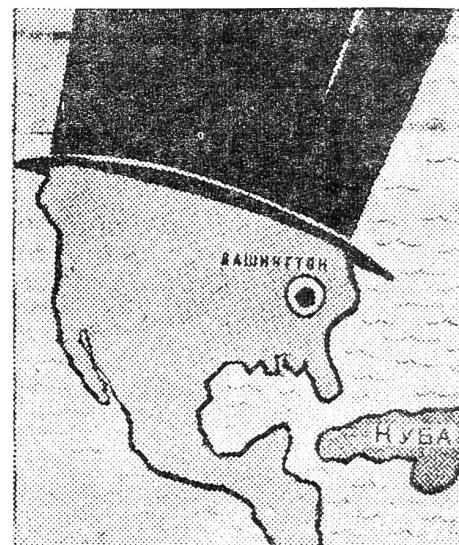
*

Ein Sportkommentator von «Neues Deutschland» empörte sich über den militäristischen und aggressiven Westberliner Senat, der eine polnische Schachmannschaft angewiesen hatte, unter dem Namen Breslau statt Wroclaw zu spielen. Tags darauf veröffentlichte «Neues Deutschland» einen Artikel des Warschauer ADN-Korrespondenten, der gleich viermal von Breslau sprach.

Karibischer Rachen

«Die Nuss ist zu hart zum Knacken», findet Onkel Sam in der Darstellung von «Bakinskiji Rabotschiji», einer in Baku am Kaspischen Meer erscheinenden Zeitung. Karikaturen zum amerikanisch-kubanischen Konflikt finden sich in der sowjetischen Presse häufig. Meistens zeigen sie einen klischehaft heroisierten Castro im Begriff, einen böse dreinschauenden Pentagonbeamten (der womöglich immer noch Züge des verstorbenen Staatssekretärs Dulles trägt) in die Schranken zu weisen.

Hier aber wurde auf einfache Weise von der geographischen Situation witziger Gebrauch gemacht, wobei lediglich Washington etwas ins Landesinnere und gegen Florida hinunter verschoben werden musste. Dass Mexiko und die südlich gelegenen lateinamerikanischen Unruhegebiete als fest zum USA-Block gehörend erscheinen, soll die amerikanische Dominanz im Karibischen Raum demonstrieren.



kurz

Starke Radioaktivität in sowjetischem Importgetreide wurde in London festgestellt. Bei Proben der britischen Radiobiologischen Versuchsanstalt wurde fünfmal mehr Strontium 90 festgestellt als bei nordamerikanischem Getreide. Strontium 90 ist eines der gesundheitsschädlichsten radioaktiven Zerfallsprodukte, die bei Kernspaltungen frei werden. Aus welchem sowjetischen Gebiet das untersuchte Getreide stammte, war nicht festzustellen. Chinesische Schriftsteller wurden in der Pekinger Zeitung «Jen-Min Ji-Bao» wegen Verbreitung kapitalistischer Ideologien, Verzerrung von Tatsachen und Verletzung der Parteipolitik gerügt. Ihr Fehler: Sie arbeiteten nach dem Schema, dass zum Schluss immer das Gute über das Böse siegen lässt. In Wirklichkeit aber könne eine schöne Zukunft nie ohne harten Kampf erreicht werden.

In Moskau wurde das sowjetisch-finnische Handelsabkommen für 1961 unterzeichnet, das eine Gesamterhöhung des Handelsumsatzes vorsieht. Hingegen hat Finnland seine Getreide-Importsperre aus der Sowjetunion eingeschränkt.

«Neues Deutschland» vom 26. November bespricht eingehend den anbefohlenen Umtausch der Parteidokumente (KB, Nr. 43) und nimmt Stellung gegen die Tendenz, die bei dieser Gelegenheit unbefriedigende Elemente aus der SED stossen möchte. Eine Parteireinigung sei nicht notwendig, schwächere Genossen müssten erzogen, nicht ausgewiesen werden. Anderseits sei falsche Grossmut gegen Mitglieder, die das Parteistatut missachten, nicht am Platze. Woraus sich ergibt, dass eine Partei-säuberung in Ostdeutschland tatsächlich zur Diskussion steht. An der Jahresversammlung der jugoslawischen Gesellschaft für Philosophie und Soziologie vom 12. November in Belgrad wurde die Aufteilung in zwei Gesellschaften nach den beiden Gebieten beschlossen. Ein neuer Anhaltspunkt für die vermehrte Aufmerksamkeit, die man heute im Osten der modernen soziologischen Wissenschaft schenkt.

Im allgemeinen östlichen Kampf gegen das Faulenzertum (KB, Nr. 43) ist die Sowjetrepublik Georgien zu konkreten Massnahmen geschritten. Wer sich einer «nützlichen sozialen Arbeitsleistung» widersetzt, hat mit einer Verbannung von sechs Monaten bis zwei Jahren zu rechnen.

Schweizer Kreise wollen britische und afrikanische Anstrengungen zur Eröffnung einer landwirtschaftlichen Schule für Afrikaner in Südrhodesien unterstützen. Das Werk soll der Partnerschaft zwischen den Rassen dienen, die gerade in diesem Teil der ZAF durch die Apartheidpraxis der weissen Siedler bedroht wird.